

22. Gemeinderatssitzung am 25. August 2021

Anmerkung der Redaktion

Die Sitzung fand unter Beachtung der Hygiene- und Abstandsgebote im Forum statt.

Die **Tagesordnung** wurde um den TOP - Grundschule: RLT-Anlage - Lüftungsanlage/Entkeimung/Klima erweitert.

TOP 1. Änderung **Bebauungsplan Wochenendplatz Hallerbach, Dez. 2020** *erstmalig beraten*

Der Wochenendplatz Hallerbach liegt teilweise auf dem Gelände der Ortsgemeinde Vettelschoß. Seitens der Nutzer wurden Erweiterungen ohne Baugenehmigung, die laut gültigem Bebauungsplan nicht genehmigungsfähig sind, auf dem Vettelschoßer Teil getätigt, vor allem werden hierdurch Mindestabstände zum Hallerbach nicht eingehalten. Dies (und mangelhafter Brandschutz) wurde anlässlich einer Besichtigung durch die Kreisverwaltung festgestellt. Für den Wochenendplatz soll in einer 1. Änderung des Bebauungsplanes Rechtssicherheit geschaffen werden, hierzu wurden seitens des Planungsbüros Heuser (Kosten übernimmt der Eigentümer) Vorschläge erarbeitet und dem Rat vorgetragen. Die zuständigen Behörden (so z.B. die SGD Nord als Wasserschutzbehörde) werden ihre Beurteilung in der frühzeitigen Beteiligung der Behörden darlegen. *Eine Reduzierung der Mindestabstände zum Hallerbach, aber auch ein Rückbau ist möglich.* Ein Naturschutzmonitoring, die Zurverfügungstellung von Ausgleichsflächen ... mündeten in einen Planentwurf, der dem Rat vom Ingenieurbüro vorgestellt wurde.

Das zwischenzeitlich geschehene schreckliche Flutereignis an der Ahr wirft naturgemäß einen anderen Blick auf das Vorhaben und die Abstände, den Zustand des Hallerbachs. Es werden Aussagen zu möglichen Sturzfluten und die Frage nach Hochwasserschutzgebieten der VG Asbach erwartet. Seitens des Planungsbüros wird vorgetragen, dass es dabei um eine Beurteilung einer Gefährdung für Leib und Leben

gehen werde, betroffen seien keine Wohnhäuser, es handele sich bei dem Vorhaben „nur“ um Freizeitwochenendhäuser. Die dortigen Auen dienten als Überflutungsgebiet. *Wir sind gespannt auf die Stellungnahmen der SGD Nord und der VG Asbach.*

Im Dez. 2020 hatte die SPD beantragt, eine Ortsbesichtigung (*Kenntnis des Ist-Zustandes*) durchzuführen, um Info zu den örtlichen Gegebenheiten zu erlangen. *Dies wäre naturgemäß vor der Annahme eines Planentwurfs sinnvoll gewesen*, ist aber nicht geschehen, was seitens der SPD kritisiert wurde. Zu einer Ortsbesichtigung unter Teilnahme des Planungsbüros wird eingeladen werden.

Der vorgestellte Planentwurf wurde angenommen. Abstimmung: einstimmig bei Enthaltung der SPD.

Das Verfahren zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden/Träger öffentlicher Belange/Nachbargemeinden wurde eingeleitet. Das Verfahren soll im frühzeitigen Verfahren durch Stellungnahmen der Fachbehörden weitere Erkenntnisse bringen. Nach der frühzeitigen Beteiligung wird es nach Abwägung der ersten Stellungnahmen eine zweite Beteiligung geben, falls das Vorhaben fortgeführt wird.

Die **Jugendvertreter** in Person von Thorben Thieme, Vorsitzender, Marius Lahr, stellvertretender Vorsitzender (Pascal Groothuis, Schriftführer, lies sich wegen Terminüberschneidung entschuldigen) stellten die bisherige Arbeit der JV vor, sie berichteten u.a. über

- Erstwählerkampagnen (LT- und BT-Wahlen), Infoveranstaltungen, Interviewreihe mit den Kandidaten zur BT-Wahl (**s. Homepage der Jugendvertretung**)
- Umweltaktionen, Müllsammelaktionen
- Optimierung des Mobilitätsangebots (erste Mitfahrerbank in der Kau ..., Antrag Unterstellmöglichkeit Haltestelle ggüber Apotheke)
- Einsatz gegen Rechtsextremismus

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der informativen Homepage der Jugendvertretung: www.jv-vettelschoss.jimdofree.com

Für Freitag (27.8.) lädt die Jugendvertretung zu einem Pizzaabend in die Grillhütte ein (Anmeldung erbeten).

Die Jugendvertretung beantragte eine:

- eine Satzungsänderung (... dass die Vorstandsmitglieder nur für 2,5 Jahre, nicht für 5 Jahre zu wählen sind), da gerade in diesem Alter Veränderungen wie Ortswechsel zum Studium nötig werden und die Übernahme von Ämtern nicht über fünf Jahre zu gewährleisten sei. So werden die zwei Vorsitzenden zum Wintersemester Orts fern ein Studium beginnen und ihre Posten nicht mehr ausfüllen können.)

Die Satzungsänderung sowie eine ausführliche PowerPoint Präsentation komme in der Septemborgemeinderatssitzung auf die Tagesordnung.

Sie informierten zur Mitfahrerbank, dass die Nutzung in einer ersten Umfrage ergeben habe, dass coronabedingt auf eine Nutzung verzichtet werde, aber auch weil das Angebot flächendeckend zu gering sei. Zur Erweiterung seien erste Gespräche mit der Stadt Linz, den Gemeinden Asbach, Dattenberg, Puderbach geführt worden.

Die JV merkte kritisch an, dass seitens der Rates und der Gemeindeleitung mehr Interesse und Unterstützung, Beteiligung, Einbeziehung bei Planungsprozessen gewünscht werde, z.B. bei einer Lösung Unterstellmöglichkeiten Haltestelle, der Problematik Reichskriegsflagge (die am 8.8. gehisst wurde und am 20.4. ein Trauerflor, antidemokratischen Aufklebern auf Beschilderung Gemeinde/Heinzelmännchen). Es fehle der direkte Draht und auch werde eine mangelnde Wertschätzung empfunden (keine Einladung der JV zum Ehrenamtstag). Sie fragten nach dem Sachstand Vorschlag JV Verkehrsberuhigung Grundschule.

Die JV gab bekannt, dass am **So, 5. Sept., von 10.00 bis 18.00 Uhr in der Wiedparkhalle in Neustadt die Veranstaltung „Du hast die Wahl“** stattfindet, ein Workshop-Event unter Schirmherrschaft des Landrates und Beteiligung des Landesjugendvertretung und vielen weiteren Akteuren aus der Region. Es gehe dabei um Demokratie und Partizipation, es werde einen Extremismus-Workshop geben, Jugendliche sollen weitere Programmpunkte selber entwerfen. Eine U-18 Wahl soll auch Minderjährigen ermöglichen, mittels Stimmabgabe ihre Präferenz für die BT-Wahl kenntlich zu machen. Hierzu lud die JV explizit auch den Rat ein.

Die Vorsitzenden informierten, dass sie leider mangelndes Interesse bei den Jugendlichen feststellen mussten, die Nachbesetzung ihrer studienbedingten vakanten Posten ihnen Sorge bereite. Neuwahlen seien für Herbst 2021 vorgesehen.

Alle Fraktionen bedankten sich für die Arbeit der JV, die sie schätzen. Sie gelobten, die Kritik aufzunehmen, machten gleichzeitig deutlich, wie mühsam und oft vergebens

auch die Arbeit der Fraktionen erscheine, z.B. wenn ihnen wichtige Anliegen nicht oder nur langsam voran gehe. Sie versicherten, dass alle ausnahmslos rechtsextreme Gesinnung verurteilen, einzelnen „Bekloppten“ aber keine öffentliche Bühne geboten werden solle, Vorkommnisse unverzüglich den Ordnungsbehörden zu melden seien.

Hinter der alten Schule sind seit Jahren Projekte „altersgerechtes Wohnen“/(Intensiv)pflege angedacht, ein Bebauungsplan wurde aufgestellt. Eine Reihe von Investoren zeigten Interesse und stellten Projekte vor, es kam - trotz guten Willens der Gemeinde - bislang zu keiner Umsetzung. Ein neuer Investor, die Carestone Group GmbH stellte in Person von Andreas Hölz das Projekt „Lebensraum Vettelschoß“ zur Ausführung in Aussicht, *welches in Zusammenarbeit mit dem*

Vettelschoßer Unternehmen ViaCare (Intensivpflege) umgesetzt werden könne. Das Projekt orientiert sich an dem seinerzeit im Rat vorgestellte Konzept, allerdings seien Verbesserungen nötig. (s. Ausführungen zu diesem Projekt auf dieser Homepage: 42. Gemeinderatsitzung 13.03.2019). U.a. sei an keine gesonderte Pflegeintensiveinrichtung für Kinder gedacht. Bei einem grundsätzlichen Wohlwollen der Gemeinde werde ein modifiziertes Konzept erarbeitet und vorgestellt.

Der Rat nahm die Ausführungen zur Kenntnis und signalisierte Wohlwollen, Ortsbürgermeister

verwies auf die positiv beschiedene Bauvoranfrage zu obigem Projekt, was die Umsetzbarkeit bestätige. Er verwies darauf, dass es einen weiteren Interessenten gäbe.

Auf Rückfragen teilte Herr Hölz mit, dass die Carestone Group als einziger Ansprechpartner das Projekt finanziere und fertig stelle. Die Pflege übernehme dann eine entsprechende Pflegeeinrichtung. Nach der Fertigstellung würden die behindertengerechten Wohnungen zum Kauf angeboten, diese könnten dann selber bezogen oder solange vermietet werden, bis eventuell selber Hilfe zur Pflege benötigt werde. Auf Rückfrage teilte Herr

Hölz mit, dass bei ihren über 100 Projekten deutschlandweit viele Ortsansässige zum Zuge kamen. Eine Wohnungseigentümergeinschaft werde die Wohnungen verwalten.

Ein beauftragtes Ingenieurbüros (Lüftung), Fa. Mohr, Neuwied, hatte Zahlen zur **Lüftungsanlage/Entkeimung** an der **Grundschule** (RLT-Anlage) erarbeitet. Es wurde eine zentrale Anlage einer dezentralen für die 17 Räume gegenübergestellt. Die Unterschiede wurden von einem Architekten der Verbandsgemeindeverwaltung Linz vorgestellt. Die zentrale Anlage sei teurer (rund 20.000 Euro), die Umsetzung verlange umfangreichere Einbauarbeiten, sie werde einen längere Ausführungszeitraum umfassen, alle Räume seien zentral zu klimatisieren. Die dezentrale Anlage werde eine höhere Geräusentwicklung in den Klassen verursachen, sei kurzfristiger umzusetzen (*insoweit die Geräte kurzfristig geliefert werden können*). Vorgesehen seien Hepa-Filter, die monatlich zu reinigen und alle sechs Monate auszuwechseln seien (was bei dezentraler Anlage bei jeder Auswechslung 17 Filter bedeute).

Seitens des Rates wird vorgebracht, dass nach deren Kenntnisstand der Einsatz von UVC-Lampen die bessere Wahl sei.

Fragen nach Strom-/Wartungskosten konnten noch nicht beantwortet werden. Zu dem Strombedarf wurde seitens des Rates mit auf den Weg gegeben (*aus Klimaschutz- und Kostengründen*) über weitere Photovoltaikanlagen (*z.B. entlang der Brüstung des Balkons zur Sonnenseite*) nachzudenken.

Die Grundschule spreche sich für eine zentrale Anlage aus.

Es soll schnellstmöglich ein Förderantrag (80 %ige Förderung bei geschätzten Kosten von 405.000 Euro) mit Antrag auf vorzeitigen Baubeginn (*damit vor einem Förderbescheid die Ausschreibung, Vergabe, Beginn der Arbeiten erfolgen kann*) für eine zentrale Anlage auf den Weg gebracht werden. Jedoch sei die technische Ausführung zu präzisieren, vor allem zu einem Einsatz der UVC-Lampen werden

Ausführungen erwartet. Beschluss: einstimmig. Für die Planung seien Mittel im Haushalt, Mittel zur Ausführung seien einzustellen.

Die Berechnungen/Möglichkeiten für die **Kindertagesstätten** sollen schnellstmöglich folgen. In den Einrichtungen ist für z.B. Flure (die nicht gelüftet werden können, aber genutzt werden müssen) eine Zwischenlösung notwendig. Die Anschaffung/das Leasing mobiler Entlüfter/Entkeimer sei vorgeschlagen. Auch für die Grundschule könne dies für Räume, die genutzt aber nicht gelüftet werden können, möglich werden, Ortsbürgermeister Freidel sprach von 5-6 Geräten in den Kitas. Hiermit werde sich der nächste Bauausschuss befassen.

Der Gemeinderat nahm einen **Zwischenbericht zur Finanzlage des laufenden Haushaltes** zur Kenntnis.

Bislang gibt es keine bzw. geringfügige Überschreitung der Haushaltsansätze, die Gewerbesteuereinnahmen bewegen sich trotz Corona über dem vorgesehenen Ansatz, genehmigte Investitionskredite sind noch nicht notwendig gewesen (... da viele Vorhaben noch nicht ausgeführt seien bzw. noch nicht beendet wurden (*auch der SPD-Fraktion gehen einige Vorhaben zu langsam voran*)), Entwicklungen zum 31.12.2021 sind weiter zu beobachten, noch nicht abschließend zu beurteilen.

Die Verbandsgemeinde hat - um Kosten zu sparen - verbandsgemeindeweit **Wartungen und Notdienste aller Aufzüge** ausgeschrieben. Aufzüge hat die Ortsgemeinde Vettelschoß in Streif-Gebäude sowie Forum.

Zum 1.1.2022 (für 5 Jahre) soll der Auftrag an den wirtschaftlichst Bietenden, die Fa. Kone, vergeben werden.

bestehende Wartungs-/Notfalldienste müssen zu diesem Zeitpunkt kündbar sein.

Der Rat stimmte einstimmig zu.

Der Rat erteilte einstimmig sein Ok zu einem **Bauantrag** Auf der Höhe (Wintergarten, Balkon).

Die FWG/FDP verlangte Auskunft zu den beschlossenen **Grundstückverkäufen**:

- Alte Schulstraße 13
- Alte Bahnhofstr 19
- Michaelstr. 57

Ortsbürgermeister Freidel: Verträge lägen beim Notar, würden bis 14.9. umgesetzt. Zurzeit zahlt der Käufer Alte Bahnhofstraße Pacht zur Nutzung des Geländes - Versorgungseinrichtungen (z.B. Strom) seien zum August erfasst und umgemeldet.

Die FWG/FDP forderte, diese Erlöse direkt für Vorhaben wie Luftreinigungsanlage Grundschule, Aussichtsplattform Willscheider Berg, Gestaltung Bahnhofsgelände Kalenborn zu verwenden (z.B. per Nachtragshaushalt Bahnhofsgelände Kalenborn).

Dies ist haushaltsrechtlich nicht zulässig, so Herr Freidel. Die Einnahmen Grundstückserlöse müssen dem allgemeinen Haushalt zugeführt werden, (vorbezeichnete) Investitionen müssen gesondert beschlossen und von der Kommunalaufsicht genehmigt sein.

Ortsbürgermeister Freidel machte den Vorschlag, sich kurzfristig beim Naturpark Rhein Westerwald um die Förderung der am Bahnhof vorgesehenen Sitzmöbel zu bewerben.

Ortsbürgermeister Freidel teilte mit, dass die Zaunelemente an der **Aussichtsplattform Willscheider Berg** versetzt seien, auf den Resten der Fundamente sollen Ruhebänke errichtet werden.

Dass der **Personalrat** der Gemeinde neu gewählt wurde (bestehend aus 5 Vertretern).

Fragen aus dem Rat wurden wie folgt beantwortet:

Die **Praxis im Erlenweg** sei fast fertig, die Erweiterung des Mietverhältnisses könne erfolgen.

Bedenken eines anonymen (leider anonym!) Vorbringens aus der Dompfaffenstraße zur **Überflutungsgefahr durch den Willscheider Bergsee** seien an den zuständigen Fachbereich der VG-Verwaltung gegeben worden. Dort wird eine Gefahr nicht gesehen, eine wiederholte gutachtliche Überprüfung habe dies nicht gesehen,

die beiden natürlichen Abläufe seien wirksam. Dennoch seien die Bedenken an den Gutachter mit der Bitte um Prüfung weitergeleitet worden.

Zur Räumung des **Bahnhofsgeländes** bat der Ortsbürgermeister erneut um Geduld.

Wegen des Zuparkens des Bürgersteiges davor sei das Ordnungsamt tätig.

21. Gemeinderatssitzung am 30.06.2021

Anmerkung der Redaktion

In der **Einwohnerfragestunde** wurde gefragt, warum nicht bekannt gemacht werde, dass die Gemeinde noch Gewerbegrundstücke zu vergeben habe.

Ortsbürgermeister Freidel teilte mit, dass dies auf der Homepage der Gemeinde erfolge.

Um die **Radverkehrsinfrastruktur** in der Verbandsgemeinde zu verbessern hat diese ein Büro mit der Erstellung eines Gesamtkonzeptes beauftragt. Eine erste Bürgerbeteiligung fand statt. Das vorliegende Konzept wird in den Kommunen präzisiert werden. Als erster Schritt ist eine Beschilderung vorgesehen, dann eine Verbindung Ginsterhahn - Roninger Hof (Krankenhaus) - Linz. Die Aufgabenführung soll von den Gemeinden/der Stadt auf die Verbandsgemeinde übertragen werden (Planung, Förderung, Umsetzung). Das Projekt wird somit über die Umlagen der

Kommunen in der VG Linz finanziert. Dem stimmte der Gemeinderat einstimmig zu. Alle Fraktionen begrüßten das Vorhaben, mahnten aber die Beteiligung der Kommunen an. Seitens der FWG/FDP wurden alle aufgefordert, sich für eine schnellere Verbindung von Kretzhaus über Erl zum Rhein aktiv einzusetzen.

(seitens der Gemeinde sollte auf Antrag der SPD eine Arbeitsgruppe u.a. die Interessen der Gemeinde eruieren und einbringen. Diese AG kam coronabedingt nicht zustande, was das Mitglied für die SPD dieser AG nicht davon abhielt, Vorschläge aus Sicht der Ortsgemeinde in die Bürgerbeteiligung einzubringen, auch bzgl. einer Verbindung von Kretzhaus zum Rhein.

s.a. 7. Gemeinderatssitzung am 29. Januar 2020)

Die CDU hatte beantragt, den **Geh/Radweg an der Hauptstraße vom Lewort bis Hauptstraße 2** mit Asphalt oder Betonpflaster zu versehen, hierzu sollten Kosten ermittelt und diese Investition im HH 22 eingestellt werden. Der Umsetzung stehen alle Fraktionen positiv gegenüber. Die SPD fragte an, ob das im vorbehandelten Radwegekonzept umzusetzen sein könnte (*Förderung?*). Die FWG/FDP fragte an, ob hierbei Anliegerbeiträge anfallen. Der Rat kommt einstimmig überein, die Kosten einer solchen Maßnahme zu ermitteln und offene Fragen zu klären.

FWG/FDP hatte beantragt, wichtige Infos der Gemeinde im **Veröffentlichungsblatt der VG** und auf der **Homepage** zu veröffentlichen (Angebote Bau-/Gewerbeflächen, Verpachtungen). Ortsbürgermeister Freidel betonte, dass Vieles auf der Homepage der Gemeinde zu finden sei.

Alle Fraktionen stehen dem Antrag positiv gegenüber, wobei die SPD darauf verwies, im Veröffentlichungsblatt verstärkt auf die Homepage aufmerksam zu machen, diese lasse sich problemloser pflegen, so ließen sich Bürger erreichen.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig, eine **Schlaglochanierung** mittels Patchverfahren durchzuführen, der Auftrag wurde an die Fa. Strunk, Neustadt, vergeben. Seitens der VG wurden entsprechende Schadensbilder im Willscheider Weg, Dompfaffenstraße, Bergstraße, Martinstraße, K 19, Kirchstraße, Hübelshecker Weg, Friedenstraße, Heideweg und Rheinstraße ermittelt. Weitere Schadensbilder (die FWG/FDP nannte beispielhaft die Bahnhofstraße) sollen kurzfristig gemeldet werden. Der Auftrag werde bei Vorlage weiterer Schadensbilder entsprechend erweitert.

Für die **Anbindung Streifgelände zur Famersheck** waren an Ingenieurleistungen LP 1-2 beauftragt worden. Zur zügigen Ausführung des Vorhabens wurden nunmehr einstimmig LP 3 und 5-9 an das Ingenieurbüro Fassbender Weber vergeben

(geschätzte anrechenbare Kosten der Maßnahme: 182.000 Euro).

Der Gemeinderat beriet **Lüftungsmöglichkeiten für Grundschule und Kitas**. Der vom Gemeinderat im Dez. 2020 beschlossene Einbau zur Entkeimung in die bestehende Lüftung der Grundschule sei - so der Ortsbürgermeister - mangels Ersatzteilen nach Aussage zweier Fachfirmen nicht möglich.

Die VG-Verwaltung hatte dem Gemeinderat die verschiedenen Möglichkeiten gegenüber gestellt:

- regelmäßiges Lüften
- mobile Luftreiniger
- Einbau von RLT Anlagen (80 %ige Förderung)

Das Betreiben einer raumluftechnischen Anlage bringe in der Summe Vorteile (höhere Wartungs- und Stromkosten werden durch Einsparungen beim Gas kompensiert, in der Summe steigt die Energieeffizienz, sie sei ein gutes Mittel zur Infektionsvorbeugung (nicht nur gegen Coronaviren), biete die Möglichkeit zur Klimatisierung, bedeute aber bei der Umsetzung einen Mehraufwand. Zur Umsetzung sei die Mitarbeit eines Fachingenieurs unabdingbar (80 %ige Förderung (Bausumme: geschätzt 350.000 Euro?) nur bis Ende 2021). Dies wurde für Grundschule, Kitas und Sporthalle einstimmig genehmigt, wohl wissend, dass es lange nach Ferienende, wohl erst 2022 zu einer Umsetzung kommen werde. Somit wird, zum großen Bedauern aller Fraktionen, nach den Sommerferien das regelmäßige Lüften weiter unumgänglich bleiben, aber auch mobile Lüfter schützen, wenn sich die Deltavariante gerade unter Kindern ausbreiten sollte, vor Schulschließungen nicht. *(In jedem Fall sollte bei Förderantragstellung zeitgleich ein vorzeitiger Baubeginn beantragt werden, um nicht weitere Zeit zu verlieren).*

Unter **Mitteilungen** teilte der Ortsbürgermeister mit:

- Der Badebetrieb am Blauen See sei wieder aufgenommen

Fragen der SPD wurden **seitens der VG wie folgt beantwortet:**

Der Verbandsgemeinderat hat einstimmig die Umstellung des Entgeltsystems des Abwasserwerkes vom Privatrecht in das öffentliche Recht beschlossen.

Wir bitten um umfassende Information des Rates (System der künftigen Abrechnung, Folge: Mehr/Mindergebühren, Ablösezahlungen, Zeitschiene...).

Fallen bei dieser beschlossenen Umstellung weiter für die betroffenen Anlieger Beiträge beim Ausbau der bestehenden Kanäle bzw. deren großflächiger Inliner-Sanierung an?

Den Beschluss des Verbandsgemeinderates fügen wir zur Information bei. Geplant ist eine Umstellung zum 01.01.2023. Der VG-Rat hat bislang nur Eckpunkte beschlossen, die die Verwaltung in die Lage versetzt, die erforderlichen Datenerhebungen zur Neukalkulation der Gebühren und Beiträge vorzubereiten. Insofern können die aufgeworfenen Fragen nicht abschließend beantwortet werden.

Wurde - wie angekündigt - der Kanal im Hübelshecker Weg mit Inliner saniert?

Das Abwasserwerk hat nicht angekündigt eine Kanalsanierung durchzuführen. Es wurde folgende Aussage getroffen: Sollte die OG Vettelschoß die Straße ausbauen, würde das Abwasserwerk die Kanalhausanschlüsse auch in offener Bauweise erneuern. Eine alleinige Inlinersanierung ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgesehen.

Wie ist die weitere Vorgehensweise in der Friedenstraße?

Die weitere Vorgehensweise ist noch mit der Gemeinde abzustimmen. Dies auch vor dem Hintergrund eines möglichen Teilausbaus der Straße. Dies hängt aber von der Einführung des WKB Straßen ab.

Wurden die Abrechnungen der Straßenausbaubeiträge zu einem Abschluss geführt, die einer Einführung der WKB noch entgegenstehen.

Es sind noch nicht alle Straßenausbaubeiträge abgerechnet.

Die OD Kalenborn kann jetzt abgerechnet werden. Die letzte Rechnung ist diese Woche eingegangen und liegt zur Anweisung vor.

Die OD Willscheid kann noch nicht abgerechnet werden, da die Grunderwerbsrechnung des LBM uns noch nicht vorliegt.

Liegen der Verwaltung Erkenntnisse vor, wie die Umsetzung in der Gemeinde Vettelschoß (z.B. Anzahl der Abrechnungseinheiten) voraussichtlich sein wird und bis wann muss die Umstellung laut Beschluss der Regierungsfractionen RLP erfolgt sein soll. (Bei diversen Kommunen der Gemeinde ist der Prozess in Arbeit, wie man der Presse entnehmen konnte. In Vettelschoß ist seinerzeit eine Menge Vorarbeit getätigt worden, die bei der Umstellung genutzt werden könnte.)

Wir sind zurzeit in der Vorbereitung zur Einführung des WKB. Es ist beabsichtigt noch

in diesem Jahr hierüber zu informieren und zu beraten. Die vor Jahren gemachten Erhebungen sind alle zu prüfen.

Die FWG/FDP erinnerte an

- Sanierung der Gefache am Dorfmuseum (Ortsbürgermeister Freidel machte auf eine mögliche Förderung aufmerksam und dass laut Aussage eines Sachverständigen keine akute Gefahr zu erwarten sei.)
- Fortgang seniorengerechte Wohnungen hinter der alten Schule (Ortsbürgermeister Freidel wies darauf hin, dass im Juli mit einem Interessenten ein Gespräch vereinbart werde. Weitere Interessenten seien abgesprungen.)
- Fertigstellung Aussichtspunkt Willscheider Berg (Ortsbürgermeister Freidel teilte mit, dass Aufträge erteilt seien und Holz für die Bänke bestellt wurde.)
- Fertigstellung der Erweiterung Arztpraxis (Ortsbürgermeister Freidel teilte mit, dass Gewerke ausgeführt seien, in Absprache mit der Praxis der Durchbruch anstehe.)
- Klimasanierung von gemeindlichen Gebäuden (Befassung VG Linz mit dem Thema). Behandlung im hiesigen Rat gefordert.
- Bekanntgabe in der Gemeinde wichtiger Vorhaben der VG (Smart City, Einzelhandelskonzept, Abwasserumstellung..) durch den Ortsbürgermeister gefordert.

Von allen Fraktionen wurde der Vorgang „Reichsflagge in Vettelschoß“ angesprochen. Die Jugendvertretung hatte hierauf aufmerksam gemacht, die Ortsgemeinde das Ordnungsamt VG einschaltet. Zuständigkeitshalber sei die ADD und die Polizei beteiligt worden. Ein Straftatbestand sei nicht zu ermitteln gewesen.

Tenor aller Fraktionen: Jegliche rechte Gesinnung sei zu beobachten und zu unterbinden, hier werde die Stellungnahme der Landesregierung RLP geteilt. Was man nicht solle, eine solche Gesinnung durch öffentliche Aufmerksamkeit aufzuwerten.

20. Gemeinderatssitzung am 19. Mai 2021

Anmerkung der Redaktion

Die 19. Sitzung war nichtöffentlich, daher gibt es hierzu keine Zusammenfassung.

In der **Einwohnerfragestunde** wurde erneut nach dem Sachstand „**Luftreinhaltung/Entlüftung**“ **Grundschule** gefragt und der Unmut darüber, dass seit einem halben Jahr an eine Umsetzung des Ratsbeschlusses nicht zu denken ist, kund getan. Es wird auf positivere Handlungsweisen in einer anderen Verbandsgemeinde verwiesen.

Ortsbürgermeister Freidel teilte mit, dass das angefragte Unternehmen nach einer Aufnahme an der Erstellung eines Umsetzungsvorschlages sei, dass ein weiteres Unternehmen angefragt wurde, dass die Gemeinde in enger Abstimmung mit der Verbandsgemeinde, dem Kreis agiere, wirtschaftlich und zum Wohle der Kinder.

Der Gemeinderat hatte die Aufstellung des **Bebauungsplanes Gewerbegebiet Kalenborn-Nord** beschlossen (*s. 11. und 15. Gemeinderatssitzung*)

Seitens des Planungsbüros Dittrich wurde das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger mit Abwägungsvorschlägen vorgetragen.

Sowohl eine schallschutztechnische Ermittlung (insbesondere Verträglichkeit mit anliegender Wohnbebauung), sowie ein Umweltbericht wurden erstellt und in die empfohlenen Abwägungen einbezogen (Schallkontigentierung, Sicherheitsabstand zum Wald, Mindestabstand zur Landstraße, Freihaltung der KV-Leitung, Eingrünung ...).

Die Höhe möglicher baulicher Anlagen wird auf max. 362 m über NHN festgesetzt, die in Teilen bis zu 3,00 m hohen Anschüttungen verringern demnach dort eine mögliche Gesamtgebäudehöhe von 12,00 m.

Der Planentwurf stellt fest, eine Erschließung ist ausschließlich über die Straße „Zur Heide“ zulässig. Bis auf den unmittelbaren Anschluss an das bestehende Gewerbegebiet ist das Plangebiet vollständig von Bepflanzung zu umgrenzen, die nicht durch Zufahrten unterbrochen werden können.

Die Beseitigung der Eingrünung sowie das Anlegen eines Weges/Erschließung an der Wohnbebauung Reifstein entlang hatte der zuständige Fachbereich der VGV Linz in der Vergangenheit zweimal im Rahmen eines Bauantrages trotz Widerspruchs als genehmigungsfähig bezeichnet. Zukünftig wird bei Vorlagen an den Gemeinderat betr. Bauvoranfragen/-anträgen eine den gesetzlichen Vorgaben genügende Empfehlung der Bauverwaltung erwartet (muss sich der Rat auf eine korrekte fachliche Beurteilung verlassen dürfen). Nicht nur ein Bauherr hat Wünsche/Rechte, auch Nachbarn, die Umwelt.....Damit es geregelt abläuft, gibt es Bebauungspläne, gesetzliche Bestimmungen, an denen sich auch eine Auslegung des § 34 Baugesetzbuch zu orientieren hat....

Die Abwasserentsorgung (Oberflächen- und Schmutzwasser) im Plangebiet ist nicht gesichert, sie soll später in möglichen Bauanträgen abgestimmt und geregelt werden, zur Oberflächenentwässerung der jetzigen Nutzung seien keine Maßnahmen nötig, sie erfolge vollständig auf dem Plangebiet, Schmutzwasser falle derzeit nicht an.

Die SPD hatte gefordert, dass, da die Anwohner Wohnbebauung Reifstein, in erster Linie betroffen sein werden, diese zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit mit der Möglichkeit von Anregung/Einwendung persönlich angeschrieben werden sollen, wir gehen davon aus, dass dies erfolgte.

Der Rat stimmte den vorgetragenen Abwägungen zu, nahm die Planurkunde mit Text, Begründung und Umweltbericht an und beschloss die Offenlage samt der gesetzlichen Beteiligung.

Der Rat vergab **Maler-/Bodenbelagsarbeiten (Erlenweg, Praxiserweiterung)** an den günstigst Bietenden, die Fa. Neifer, Vettelschoß, zum Bruttoangebotspreis in Höhe von 19.778,57 Euro.

Seitens der SPD-Fraktion wurden Informationen zum Mietvertrag (Erweiterung/neuer Mietvertrag, Beteiligung an den Renovierungskosten...) erfragt.

Ein **Bauantrag** Kalenborner Straße (Errichtung eines Zweifamilienhauses) wurde genehmigt.

In den **Rechnungsprüfungsausschuss** wurde für den auf eigenen Wunsch ausscheidenden Günter Macht auf Vorschlag der CDU Michael Spitz (als sein Stellvertreter Josef Limbach) gewählt.

Unter **Mitteilungen** teilte der Ortsbürgermeister mit:

- Die FWG und FDP bilden eine Fraktion.
- Der Haushalt 21 wurde genehmigt, jedoch freiwillige Investitionen gestrichen (u.a. Pauschalansatz Fahrzeuge Bauhof, Turm Willscheider Berg, Halbierung Mittel für Umgestaltung alter Friedhof, Wirtschaftlichkeitsnachweis Photovoltaikanlagen...)
- Für die Kindertagesstätte Kalenborn liege ab dem 1.7.21 eine neue Betriebserlaubnis vor: Öffnungszeiten 7.00 bis 15.00 Uhr inklusive Mittagsverpflegung.
- Umsetzung des „Gute-Kindergarten-Gesetzes“ bedeute mehr Personal und noch größere Schwierigkeiten, geeignetes Personal zu finden.
- Nach Ausschreibung wurde zum 1.6.2021 in der Kindertagesstätte Vettelschoß ein Koch eingestellt.

Die FWG/FDP erinnerte an

- die Verabschiedung der neuen Hauptsatzung
- eine finale Entscheidung zum Baugebiet Kalenborn 3-5
- ein Weiterkommen Baugebiet Altenhof
- eine Sicherung Badebetrieb Blauer See

Ratsmitglied Isabell Limbach mahnte an, die Sportstätten baldigst zu öffnen, wenn die Pandemie es zulässt.

Ortsbürgermeister informierte, dass die Nutzung außen wieder möglich sei und er für Freitag eine neue Verordnung erwarte, die eine Innennutzung unter Auflagen wieder

ermögliche.

Zu aktuellen Veröffentlichungen zur Gemeindepolitik in Vettelschoß

Die SPD- Fraktion „favoisiert“ keine Grundstückskäufer.

Sie lässt sich bei anstehenden Entscheidungen im Rat von faktenbezogenem Recht mit der Sicht auf das Wohl der Gemeinde leiten.

18. Gemeinderatssitzung am 28. April 2021

Anmerkung der Redaktion

Die Redaktion ist bei der Sitzung nicht anwesend, daher an dieser Stelle nur eine Information zur Tagesordnung, die Ratssitzungen finden nicht online statt, nähere Informationen entnehmen Sie später dem Rats- und Informationssystem der Verbandsgemeinde Linz.

Forsteinrichtungswerk

Die Forstverwaltung skizziert das Forsteinrichtungswerk 1.10.21 bis 30.09.31. Dem

Rat vortragen sollen Forstamtsleiter Hoffmann, Revierleiter Tullius und Forsteinrichter Dietz.

Es soll eine Information zu Flächen, Waldfunktion, Inventurergebnissen, Planungsvorschlag (Holznutzung, jährlicher Hiebsatz, Zuwachs, Waldpflege, Waldentwicklung, Baumarten (klimatische Eignung) Waldverjüngung), Umweltvorsorgeplanung, Arbeitsschwerpunkten und weiterem Vorgehen erfolgen.

Zur Umsetzung des Forsteinrichtungswerks wird das Einverständnis der Ortsgemeinde benötigt.

Der **Bebauungsplan Camping- und Wochenendplatz Blauer See** erfährt in vereinfachtem Verfahren seine 2. Änderung. Diese wurde nötig aufgrund von Brandschutzerfordernissen, einer Anpassung des Plans an die Wirklichkeit bezüglich der Erschließung, weiteren wenigen Stellplätzen und der Zustimmung zu einer Eigentümerwohnung neben dem Sanitärgebäude. Der Rat soll Abwägungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden... (*Stellungnahmen und Abwägungsvorschläge des Ingenieurbüros Karst lagen den Sitzungsunterlagen nicht bei, weshalb hierzu keine Aussage getroffen werden kann.*) beschließen. Sollte der Rat den vorgeschlagenen Abwägungen zustimmen, könnte der Satzungsbeschluss erfolgen und Rechtskraft nach dessen Veröffentlichung erlangt werden.

Nachdem 2108 der **Breitbandausbau** für Privathaushalte gefördert (Bund und Land) und umgesetzt wurde (10% Kosten trug die Gemeinde, koordiniert wurde das Projekt durch den Kreis, zurzeit werden weiße Flecken nachverdichtet), soll nun die Erschließung des Gewerbes und öffentlicher Infrastruktur erfolgen. Wieder wird erwartet, dass sich die Gemeinde mit 10 % an den Kosten beteiligt. Richtlinien bestimmen, welche Gewerbebetriebe (Mitarbeiteranzahl, Leitungslänge ...) angeschlossen werden. Die Ortsgemeinde soll in der Sitzung ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Übernahme ihres Anteils und die Bereitstellung der Mittel in ihrem Haushalt 2022/23 beschließen. Wieder soll der Kreis alle nötigen Arbeiten wie Ermittlung der förderfähigen Glasfaseranschlüsse, die Förderantragstellung ... übernehmen.

Der **Bogenschießplatz** des SV Vettelschoß/Kalenborn soll einen Netzanschluss für

Strom zur Betreibung der Toiletten, des Büros... auf eigene Kosten erhalten (Antrag des Vereins). Die vorhandene Solaranlage reiche nicht aus. Man bittet um Zustimmung der Gemeinde.

Die Verwaltung hat zur Auftragsvergabe der prüferischen Durchsicht zum **Jahresabschluss 2020** eine Preisanfrage getätigt. Günstigstes Angebot Fa. Dornbach, Koblenz, 2.142,00 Euro.

Die FWG hatte die Einschaltung eines Prüfers 2020 beantragt, in der letzten Ratssitzung aber laut überlegt, ob nicht besser alle paar Jahre eine umfassendere Abschlussprüfung (deutlich teurer) statt dieser „nichtssagenden“ prüferischen Durchsicht beauftragen werden sollte.

Als Rechnungsprüfungsausschussmitglied habe ich wiederholt geäußert, dass eine prüferische Durchsicht (vor allem ohne Schwerpunktsetzung durch den Rechnungsprüfungsausschuss) für mich Geldverschwendung darstellt. Aktive Ratsmitglieder sind in viele Vorgänge der Gemeinde eingebunden und wissen daher eher, was sie nachprüfen sollten.

Dem Rat liegen **Bauvoranfrage/Bauanträge** vor, die laut Bauverwaltung genehmigungsfähig sind:

- Garage, Bernhardtstraße
- Kirchensanierung
- Umbau Einfamilien- in Zweifamilienwohnhaus Im Hahn/Oberwillscheider Weg
- Umbau Einfamilien- in Zweifamilienwohnhaus Auf der Höhe

Eine **Spende** einer Privatperson über 400 Euro für eine Sinnesbank soll angenommen werden.

Antrag CDU - Installation von **Photovoltaikanlagen** auf Gebäuden und Freiflächen der OG, hier: Wirtschaftlichkeitsstudie, insbesondere Freifläche Farmersheck und Gebäude Streif-Gelände

- Für die Erneuerung der Dachflächen Streif-Hallen wurden Mittel bei der Unterhaltung im HH 20 und 21 eingestellt, macht es Sinn, die Dachflächen direkt mit Photovoltaik-elementen zu erneuern?
- Mehrfach hat die SPD -vergebens - die Installation einer Photovoltaikanlage direkt beim Wiederaufbau der abgebrannten Halle gefordert. Besser spät als nie!
- Bei einer Wirtschaftlichkeitsberechnung ist zu überlegen und prüfen, ob Photovoltaik auf Dach-/Freiflächen mithilfe von Genossenschafts-/Bürgermodellen oder durch Vermietung der Flächen (z. B. an einen Versorgungsträger) finanziert werden können/sollen.
- Seitens der SPD-Fraktion wurde aufgrund eines Artikels in der Rheinzeitung zur Behandlung der Einnahmen aus der Photovoltaik in der VG Asbach (nämlich **Bildung einer Rücklage für erneuerbare Energien**, die gleichzeitig den Vorteil bietet, dass keine Steuern auf den Überschuss anfallen) die Situation in Vettelschoß nachgefragt. Seitens der Verwaltung wurde für die Ortsgemeinde Vettelschoß geäußert, dass noch keine Steuern auf Überschüsse aus der Photovoltaik anfallen würden. Das war am 4.9.2013. Sachstand heute?

Antrag CDU - Erstellung einer Wirtschaftlichkeitsstudie Erschließung Gewerbegebiet Im alten Hohn (Streif), hier: Nutzung der vorhandenen Freiflächen unter Einbeziehung einer Prüfung, ob die bestehende Heizungsanlage zur Versorgung des Gebietes mit Fernwärme wirtschaftlich betrieben werden kann.

Auch hier gilt: Besser spät als nie!

Nachstehende Vorkommnisse der letzten 10 Jahre zu Ihrer Beurteilung:

Kauf Streif Gelände: Aussagen Ortsbürgermeister Schneider 2010: Industriegebiet - voll erschlossen

jedoch:

<p>31.08.11</p>	<p><i>Beratung Bebauungsplan</i></p> <p><i>SPD-Fraktion erbat Bekanntgabe über vorhandenen Leitungsverlauf (Erschließung Ver- und Entsorgung), Frage ob Neuerschließung in Teilen notwendig und welche Kosten zu erwarten seien.</i></p> <p><i>Seitens des Ortsbürgermeisters wurde mitgeteilt, das gesamte Gelände sei erschlossen. Leitungspläne wurden nicht vorgelegt.</i></p>
<p>18.03.13</p>	<p><i>Schreiben der SPD an den Ortsbürgermeister mit dem Tenor, Auskunft zu erhalten, wie und zu welchen Kosten das gesamte Streif-Gelände dem Regenrückhaltebecken oberwassertechnisch zugeführt werden soll (Festsetzung BPlan). Sind Regenwasserkanäle geplant? In welchem Umfang sind Erschließungsmaßnahmen (Wasser, Strom, DSL, Abwasser, zentrale Heizanlage) erforderlich, zu welchen Kosten? Würden diese Erschließungsmaßnahmen auf die Käufer/Pächter umgelegt?</i></p> <p><i>Keine Antwort</i></p>
<p>05.06.13</p>	<p><i>Beratung Bebauungsplan</i></p> <p><i>erneut auf die schriftliche Anfrage verweisen und um Beantwortung gebeten, diesmal ergänzt um eine Anfrage nach Kosten einer Ablösevereinbarung (Baukostenzuschuss) mit dem Abwasserwerk Linz (diese Ablösung sei von Streif nicht für das gesamte Gebiet gezahlt worden, so die VG Linz, die anderweitige Nutzung der ehemaligen Lagerflächen erfordere diesen Ablösebetrag). Keine Auskunft zu den Anfragen.</i></p> <p><i>Jan. 16: Zahlung dieser Ablösesumme in Höhe von rund 150.000,00 Euro an das Abwasserwerk!</i></p>
	<p><i>Trotz vieler offener Fragen wurden durch Mehrheitsbeschlüsse Grundstücke als voll erschlossen verkauft. Käufer pochten auf eine Erschließung ihres Grundstückes.</i></p>
	<p><i>Ohne schlüssiges Gesamtkonzept wurde verpachtet, vermietet, verkauft und z.T. unumkehrbare Fakten geschaffen.</i></p>

SPD forderte von Beginn an eine Wirtschaftlichkeitsberechnung zum Betrieb der bestehenden Hackschnitzelanlage, am 26.01.2011: Feststellung der Wirtschaftlichkeit Weiternutzung der Holzverbrennungsanlage zu Heizzwecken, ggf. Ausweitung (Fernwärme)

Was geschah jedoch ohne Wirtschaftlichkeitsberechnung: Für die Hackschnitzelanlage wurden enorme Kosten bei Wartung und Instandsetzung verursacht. (Die Anlage wurde später behördlicherseits still gelegt).

Ohne Wirtschaftlichkeitsberechnung wurden neue Fernleitungen, die heute nicht mehr genutzt werden, zum Gebäude Erlenweg verlegt und zu den Wohnheimen.

Das Gebäude Erlenweg bekam 2015 eine neue eigene Gasheizung (inkl. neuer Gaszuleitung).

Der Fa. Hochtief wurde für ihre Halle das Aufstellen eines Erdgastanks bei Reduzierung der vereinbarten Mietzahlung (also auf Kosten der Gemeinde) genehmigt. Diese Halle war somit nicht länger an das Fernwärmenetz angeschlossen. Mittlerweile wurde die Halle durch die Gemeinde übernommen, der Erdgastank wieder außer Betrieb genommen, neue Fernleitungen zur Heizung im Streifgebäude (dort auch neue eigene Heizung im Herbst 2015 inkl. neuer Gasleitung) verlegt.

03.12.14: Die SPD forderte in Anbetracht der vorhandenen Zuleitungen zu allen Liegenschaften und mit Blick darauf, dass die vorhandenen Ölheizungen in den Liegenschaften Streifgebäude und Erlenweg abgängig waren, die Möglichkeit einer wirtschaftlich arbeitenden dezentralen Heizung (Blockheizkraftwerk? oder doch Hackschnitzelanlage) überprüfen zu lassen. Ein möglicher Ansprechpartner, Süwag Wasser, wurde benannt. Es erfolgte keine Kontaktaufnahme, eine Wirtschaftlichkeitsermittlung fand nicht statt.

14.03.2015: Ausführlicher Antrag der Arbeitsgruppe Finanzlenkung mit einer Sachstandserfassung, einer Bewertung und Empfehlung zur Hackchnitzelanlage. Ziel: Ist die Anlage wirtschaftlich zu betreiben? Gibt es Alternativen? Können Fördermittel erzielt werden? keine Antwort.

Antrag der FWG: Information des Rates über Investorengespräche „**altersgerechtes Wohnen hinter der alten Schule**“. Ansprache weiterer Investoren, Zurverfügungstellung von Infounterlagen. Beauftragung des 1. Beigeordneten mit eigenverantwortlichem Handeln in dieser Angelegenheit.

Antrag der CDU - Blumenwiesen auf gerodeten Flächen, hier: Auf der Höhe, Dompfaffenstraße/Willscheider Berg.

- *Blumenwiese ersetzt keinen gerodeten Wald - Auf der Höhe, wie in letzter Sitzung vorgetragen, wird der gerodete Wald durch die Anpflanzung niedrig wachsender Bäume/Sträucher ersetzt.*
- *Dompfaffenstr/Wiilscheider Berg - gute Idee!*
- *Flächen aus 2020 wurden neu eingesät, prima!*
- *Es wäre schön, die in der 43. GR-Sitzung vom Mai 19 beschlossene Fläche zwischen Oberwillscheider Weg und Kalenborn 1-2 würden in diesem Jahr zur Blumenwiese.*

Antrag der SPD - Baugebiet Kalenborn III-V: da seit Jahren eine freiwillige Baulandumlegung nicht verwirklicht werden kann, muss die Gemeinde entscheiden, ob sie eine öffentlich-rechtliche Baulandumlegung anstrebt oder von einer Umlegung dieses Bauerwartungslandes in den nächsten Jahren absieht. *Eine Entscheidung ist geboten, damit nicht länger hohe Mittel für dieses Gebiet die Haushalte der Gemeinde belastet, obwohl die Umsetzung nicht voran kommt. Keine weitere Zeitschinderei, hüh oder hott!*

Seitens der SPD wird nach dem Sachstand „**Lüftung/Entkeimung**“ **Grundschule** gefragt werden. In dieser Angelegenheit war fraktionsübergreifend Eile angemahnt worden.

Ob es unter dem TOP Grundstückangelegenheiten und Auftragsvergaben in der Sitzung etwas zu behandeln gibt, ist nicht bekannt, auch nicht, ob die Tagesordnung ergänzt oder gekürzt werden wird.

Auch Infos unter Mitteilungen und Anfragen können an dieser Stelle nicht voraus gesagt werden.

17. Gemeinderatssitzung am 24. März 2021

Anmerkung der Redaktion

Die Sitzung fand unter Beachtung aller Hygiene- und Abstandsgebote im Forum statt. Die Ratsmitglieder waren aufgefordert, sich vorab testen zu lassen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert der Ortsbürgermeister:

In der **Kindertagesstätte Kalenborn** sind 4 Erzieher und 5 Kinder **Corona**-positiv. Das gesamte Personal und alle Kinder seien getestet worden, würden morgen und Montag erneut getestet. Die Kindertagesstätte sei bis nach Ostern geschlossen. Die **Kita Vettelschoß** sei nicht betroffen. Bislang sei das Personal der Kindertagesstätten einmal pro Woche durch eine Arztpraxis getestet worden, dieser Vertrag laufe zum 31.3 aus. Ab 7. April sollen den KiTas Selbsttests (*für Personal und Kinder???? - 1 x, 2 x wöchentlich??????*) zur Verfügung stehen.

Seitens der Gemeinde würden für die KiTas weitere CO2-Melder angeschafft, die Alarm geben, wenn zu lüften ist.

In der **Grundschule** befindet sich eine Klasse in Quarantäne. Für Testungen an Schulen sei die Gemeinde nicht zuständig, vielmehr die ADD im Auftrag des Landes. Ein Ganztagsangebot und Mittagessen fänden zurzeit nicht statt. Klassen 1 und 2 würden bis 12.00 Uhr unterrichtet, Klassen 3 und 4 bis 13.00 Uhr.

Die Redaktion hatte am 9.2.21 den Ortsbürgermeister angeschrieben, da sich die Öffnung von Grundschule und KiTas abzeichnete, dass eine Teststrategie von 2 Tests wöchentlich für das gesamte Personal angezeigt sei, die Gemeinde notfalls Beschaffung und (Vor)finanzierung der Kosten übernehmen solle. (s. VG Asbach)

Desweiteren hatte die Redaktion sich an das Bildungsministerium RLP gewandt und u.a. nachstehende Information erhalten:

- *nach Ostern Wechselunterricht an allen Schulen*
- *keine zusätzlichen Öffnungen (also für einige weiterhin Onlineunterricht)*

- *Präsenzpflicht mit Möglichkeit, sich per Attest befreien zu lassen, wenn das Kind selber oder im Haus lebende Angehörige besonders vorbelastet und gefährdet sind*
- *ab 7. April Testung direkt in der Schule für alle Lehrer, Fachkräfte, Schüler - perspektivisch 2 x die Woche, wo die 2. Testung mangels ausreichender Schnelltests kurzfristig nicht möglich sein wird, wird auf die Testzentren verwiesen, bei denen sich jeder kostenfrei 1 x/Woche testen lassen kann (in Vettelschoß im Forum). Den Lehrern war bislang ein freiwilliger Test pro Woche in einer Arztpraxis angeboten worden.*
- *Der Test bleibt freiwillig, eine Einwilligung/Datenschutzerklärung der Erziehungsberechtigten ist erforderlich.*
- *Infos werden ergänzt bis nach Ostern, schon heute abrufbar unter corona.rlp.de/de/selbsttests-an-schulen, sowie ein Video zum Selbsttest unter www.hamburg.de/bsb/14961744/torben-erklaert-den-coronatest*

Seitens der FWG wird vorgeschlagen, den TOP Mitteilungen grundsätzlich direkt im Anschluss an die Einwohnerfragen auf die **Tagesordnung** zu setzen, nicht länger am Ende der Sitzung. Ortsbürgermeister Freidel sagt hierzu ein interfraktionelles Gespräch zu.

Auf die weitere Frage der FWG, warum ein weiterer Antrag von ihr nicht auf der **Tagesordnung** sei, teilt Ortsbürgermeister Freidel mit, dass dieser sowie drei Anträge der CDU für eine Veröffentlichung der Tagesordnung zu spät eingegangen seien und erst in der nächsten Sitzung behandelt werden können.

Zu **Einwohnfragen** war vorab bei der Gemeinde eine Anfrage betr. **Rodungsarbeiten „Auf der Höhe“** schriftlich eingegangen:

- Frage: Aus welchem Grund wurde die von dem Förster angeordnete Ausdünnung des Baumbestandes nicht umgesetzt und das Gelände vollständig gerodet?
- Frage: War der Gemeinderat in den Beschluss der vollständigen Rodung eingebunden?
Die Redaktion war am 9.3.21 auf Fällarbeiten von Bürgern aufmerksam gemacht worden und bat Ortsbürgermeister und Revierleiter Forst am gleichen Tag schriftlich um Prüfung, u.a. warum auch vom Forst nicht markierte Bäume gerodet werden laut Aussage von Bürgern.
- Frage: Hat die Gemeinde Vettelschoß vor der Rodung nach dem 01.03. eine

Ausnahmegenehmigung vom BNatsSchG §39 Abs 5,2 beantragt und erhalten?

- Frage: In welcher Form soll das Gelände wieder aufgeforstet bzw. bepflanzt werden?
- Frage: Welche Maßnahmen sind im Rahmen der Aufforstung geplant, um verlorengegangene Nistplätzen für Vögel wieder herzustellen?
- Frage: Sind bei der Aufbereitung/-forstung des Geländes Maßnahmen zum Lärm- und Sichtschutz geplant z.B. in Form eines Lärmschutzwalls?

Ortsbürgermeister Freidel verliest als Antwort ein Mail des Revierförsters Tullius:

Tenor: Bäume mussten aufgrund der Verkehrssicherheit gefällt werden, Restbaumbestand sei eine sehr große Gefahrenstelle (zur Landesstraße und zum Fußweg) gewesen. Deshalb wurde der Gesamtbestand gerodet. Eine Rodung bis 0,5 Hektar aus Verkehrssicherheit ist nach dem 1. März ohne Genehmigung möglich. Aufforstungen sind mit weniger hohen Wildobst-/ beerenbäumen und Hecken/Misteln als Nistplätze für Vögel vorgesehen.

Das Mail werde dem Fragesteller zugeleitet.

Ortsbürgermeister Freidel ergänzte, dass das Anlegen einer Blühwiese anstelle einer Aufforstung dort nur eine erste Anregung gewesen sei. Maßnahmen zur Verkehrssicherung seien Aufgaben des laufenden Geschäfts und der Gemeinderat nicht zu beteiligen.

Über den Zeitraum und die Kosten der Aufforstung wurde keine Aussage getroffen, auch keine Antwort zur Frage 6) Lärmschutz.

Herr Germscheid bedankt sich bei Verbandsgemeinde, Gemeinde (dem Bauhof) und den Wahlhelfern für die gute Organisation und den guten Verlauf der **Landtagswahl** in Coronazeiten.

Es wird nach dem Sachstand „**Lüftung/Entkeimung**“ **Grundschule** gefragt. Ortsbürgermeister Freidel teilt mit, dass ein Bad Hönninger Unternehmen in Kürze einen Ortstermin betreffend ein entsprechendes Lüftungskonzept wahrnehmen werde. Zur Frage nach Entkeimung durch die kostengünstige Mainzer Variante zum Abtransport von Aerosolen als Zwischenlösung, getestet vom Max-Planck-Institut, geht der Ortsbürgermeister nicht ein.

Die Bauanleitung dieser Variante war der Grundschule seitens der Redaktion nach der Ratssitzung übermittelt worden mit dem Protokollauszug der Behandlung im Rat und

dem Vorschlag, eine Umsetzung mit Förderverein... - ggfs. unter Mithilfe des Bauhofes - zu erwägen.

Der **Jahresbericht 2019** (gegenüber der Planung ca. 1 Mio. Euro höherer Überschuss, demnach deutlicher Rückgang der Verschuldung) war aufgrund eines vom Rat beschlossenen Antrages der FWG durch einen Wirtschaftsprüfer der Dornbach GmbH geprüft (prüferische Durchsicht) und von diesem uneingeschränkt Freigabe erteilt worden. Wenige nicht wesentliche Buchungsfehler seien zu vernachlässigen. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat unabhängig von dieser Empfehlung weitere umfangreiche Prüfungen vorgenommen. Fragen wurden seitens der VG Linz erläutert/beantwortet, eine Ausbuchung gezahlter aber buchungstechnisch „vergessener“ Förderungen werde nicht auf das Jahr 2020 verschoben, vielmehr bereits 2019 wirksam (einstimmiger Beschluss Rechnungsprüfungsausschuss nach einer Eingabe der FWG).

Als Betroffene verlassen Ortsbürgermeister Freidel und der 1. Beigeordneter Kagel ihren Platz, ältestes Ratsmitglied Diederichs übernimmt die Sitzungsleitung. Er erläutert die Prüfung durch Wirtschaftsprüfer und Rechnungsprüfungsausschuss sowie das Ergebnis des Ausschusses, das mit 2:1 Stimmen festgestellt wurde und zu dem Schluss kommt, den vorliegenden korrigierten Jahresabschluss 2019 festzustellen. Desweiteren solle allen Handelnden Entlastung erteilt werden, so die Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses.

Es besteht Dissens darüber, dass der Rechnungsprüfungsausschuss über die Entlastungserteilung abgestimmt hat. Aussage der Redaktion: Es wurde ausschließlich über die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 abgestimmt, nicht über eine Entlastungserteilung.

Michael Spitz teilt als Vorsitzender der Rechnungsprüfungsausschusssitzung mit, dass das Haushaltsjahr 2019 mit ca. 1 Mio. statt der prognostizierten 30.000 Euro Überschuss abschließe, hinsichtlich der Verschuldung zeichne sich daher ein Licht am Ende des Tunnels ab. Er bestätigt den bereits benannten Ablauf der Rechnungsprüfung.

Die FWG trägt ihre abweichende Beurteilung des Prüfberichts vor. Viele Anregungen/Fragen konnten beantwortet, geklärt, korrigiert werden. Es werden jedoch eine Reihe von Verhaltensmaßnahmen/Buchungen aufgeführt, die nach Ansicht der FWG nicht korrekt seien, nicht ausreichend erläutert wurden oder zum Schaden der Gemeinde reichen.

Die Darlegung der FWG liegt nicht in Schriftform vor. Sie werden an dieser Stelle nicht wiedergegeben. Sie werden dem Protokoll als Anlage beigefügt werden und können später im RIS-System auf der Homepage der VG Linz eingesehen werden.

Seitens der SPD wird nachstehende Stellungnahme vorgetragen und beantragt, diese als Anlage zum Protokoll zu nehmen:

„Stellungnahme der SPD zum Jahresabschluss 2019 der Ortsgemeinde Vettelschoß:

Der Jahresabschluss 2019 schließt mit einer deutlichen Mehreinnahme ab, statt eines geplanten Überschusses in Höhe von rund 30.000,00 € erlangte die Gemeinde einen Überschuss in Höhe von gut einer Millionen Euro. Gründe: deutliche Steuermehreinnahmen (vor allem bei der Gewerbesteuer), weniger Ausgaben, da Unterhaltungs-/Investitionsmaßnahmen nicht zum Tragen kamen in 2019. Mehrausgaben (z.B. in der Gewerbesteuerumlage) und Mindereinnahmen (z.B. bei Grundstücksverkäufen) konnten somit nicht nur ausgeglichen werden, sondern führten zu diesem für die Gemeinde positiven Ergebnis.

Steuereinnahmen in 2019 werden in 2020 dazu führen, dass Umlagezahlungen an Verbandsgemeinde und Kreis in beträchtlicher Höhe zu entrichten sein werden. Dazu wurden in „Aufwendungen kommunaler Finanzausgleich“ 2019 bereits 490.000,00 € eingestellt. Auch falls es zu nennenswerten Gewerbesteuerrückzahlungen für das Haushaltsjahr 2020 kommen sollte, sind die Umlagen in 2020 entsprechend der 2019 festgestellten Höhe der Steuereinnahmen zu entrichten (dies führte in der Vergangenheit wiederholt zu hohen Verschuldungen, immerhin beträgt der Anteil der Gewerbesteuer am Gesamtertrag der Gemeinde rund 42%).

„Nach Abschluss des Haushaltsjahres wurden keine besonderen Vorgänge festgestellt“ und „die Planzahlen für die Folgejahre prognostizieren aufgrund der gestiegenen Einnahmen eine positive Entwicklung im Ergebnishaushalt in den Jahren 2020 bis 2022“, so steht es im Jahresabschluss 2019.

Das sehen wir nicht so – denn seit 2020 gibt es eine Pandemie (Corona) mit all ihren –

auch wirtschaftlichen - Folgen.

Steuereinnahmen werden wegbrechen:

- Einkommenssteuer (Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit)
- Umsatzsteuer (MwSt-Senkung, deutlich weniger Konsum, Ausfall ganzer Branchen (Reise, Gastronomie, Flug, Veranstaltungen, Kunst/Kultur...))
- Gewerbesteuer (Mehrausgaben durch Corona bei Mindereinnahmen der Betriebe, Rückzahlungen von Gewerbesteuervorausleistungen, Insolvenzen...), auch wenn es auf den ersten Blick erscheint, dass die Gewerbesteuerzahler in Vettelschoß von Corona nicht so heftig betroffen sein werden.

Die Verbandsgemeinde Linz hat in 2020 bereits die Umlagen für ihre Kommunen erhöht, dem könnte der Kreis folgen (... um seine Mehrausgaben (Corona z.B. in Schulen, Verwaltungen...) zu decken).

Veranstaltungshäuser wie das Forum (aber auch das Vereinshaus Willscheider Berg, das Gemeindehaus Kalenborn...) verursachen Kosten, ohne Einnahmen zu erwirtschaften.

Auch die Gemeinde hat Mehrkosten durch Corona in Sporthalle, Grundschule ...

Auf diese besondere Situation sollte der Jahresabschluss 2019 hinweisen.

Der Jahresabschluss wurde erstmals durch einen Wirtschaftsprüfer (Gemeinderatsbeschluss auf Antrag der FWG) auf Grundlage einer prüferischen Durchsicht geprüft, eine Abschlussprüfung fand auftragsgemäß nicht statt. Diese prüferische Durchsicht hat zu keinen Einwendungen geführt. Wenige, nicht wesentliche Buchungsfehler seien bei dem Gesamtumfang des Abschlusses zu vernachlässigen. Sollte auch der Jahresabschluss 2020 durch Wirtschaftsprüfer geprüft werden, regt die SPD-Fraktion an, vorab einen Schwerpunkt(e) für dessen Prüfung festzulegen.

Nach Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss, wo offene Fragen beantwortet wurden, schließt sich die SPD der Empfehlung des Wirtschaftsprüfers an, den Jahresabschluss 2019 wie vorliegend festzustellen.

J e d o c h keine Entlastung:

aus der Stellungnahme der SPD zum Jahresabschluss 2018 geht hervor:

Auszug: „Überprüfung und Anpassung der (in Teilen pauschalen) Nebenkosten Streifgelände-/ halle, Erlenweg

*Auch in 2018 (und 2019) ist nichts passiert trotz Beanstandungen in den Vorjahren bei der Rechnungsprüfung und trotz Vorlage des seinerzeitigen Finanzlenkungsausschusses in der WP 2009-2014. Dieser Missstand wird letztmalig angezeigt. **Sollte sich in 2020 hierzu nichts bewegen, wird bis zur Erledigung keine Entlastung mehr erteilt ...***

- *Kosten Wartungen (Brandmeldeanlage, Aufzüge, Heizung, Trinkwasseruntersuchung, Blitzschutz ...), Sicherheitsdienst, Schornsteinfeger, Reinigung, Hausmeister, Versicherungen.... sind in Nebenkosten Bewirtschaftungskosten (Wasser, Strom, Gas ...) sind regelmäßig zu prüfen und die Nebenkosten anzupassen/abzurechnen.*
- *Seit Erwerb der Grundstücke und Immobilien durch die Ortsgemeinde und damit dem Beginn der Vermietung fand keine Überprüfung/Anpassung der pauschalen Nebenkosten statt.*
- *Auch noch in 2019 wurden neue Mietverträge mit den veralteten Nebenkostenpauschalen abgeschlossen.*
- *Eine pauschale Nebenkostenerhebung regt Mieter nicht zu sparsamen Nutzerverhalten an. Ggfs. sind auch bestehende Mietverträge zu überarbeiten.*

*Wir erteilen heute Entlastung, verbunden mit dem Hinweis, **dass wir ein weiteres Nichthandeln in Sachen Nebenkosten nicht länger hinnehmen werden.***

Sowohl Ortsbürgermeister als auch Verbandsgemeindeverwaltung wird für das Jahr

2019 von der SPD-Fraktion **k e i n e** Entlastung erteilt, da Nebenkosten weiterhin nicht unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ermittelt und abgerechnet werden zum finanziellen Nachteil der Gemeinde. So wurde in 2019 (und auch in 2020) dem Gemeinderat kein Vorschlag in einer Sitzungsvorlage zur Anpassung der pauschalen Nebenkosten vorgelegt.

„Frage der SPD-Fraktion vom Nov. 2020 zu den Nebenkosten: Wurden - und wenn ja welche - Nebenkosten angepasst in 2019 und/oder bis heute?“

Antwort VGV Linz Dez. 2020: Nach Rücksprache mit der zuständigen Sachbearbeiterin erfolgte bislang keine Anpassung der Nebenkosten.“

Die SPD-Fraktion handele danach: sagen, was sie tut und dann auch tun, was sie sagt, deshalb heute keine Entlastung.

Die CDU verweist auf die erfolgreichen Bemühungen bis zur Corona-Krise, die Verschuldung gegen Null zu reduzieren. Das Pendel werde aufgrund der Pandemie ab 2020 wieder in die andere Richtung ausschlagen.

Zur angekündigten Nichtentlastungserteilung der SPD wegen der Nebenkostenveranlagung verweist die CDU auf ihren Antrag „Wirtschaftlichkeitsberechnung Freiflächen Streif-Gelände“, im Zuge sei eine Parzellierung und eine objektbezogenen Abrechnung von Nebenkosten angedacht.

Eine genaue Nebenkostenabrechnung pro Mieter als Ziel wird seitens der SPD seit Jahren gefordert und Maßnahmen, die dazu führen, unterstützt. Als erster Schritt wurde seitens der SPD wiederholt gefordert, die pauschal erhobenen Nebenkosten zu überprüfen und anzupassen. Die pauschalen Nebenkosten - nicht nur für die Freiflächen des Streifgeländes - sind seinerzeit von Ortsbürgermeister Schneider ermittelt worden. Seitdem kam es bei Gebäudeversicherungen, Wartungen und Energiekosten zu einer erheblichen Steigerung, ohne das diese in eine Neuberechnung der Pauschale einfluss zum Schaden der Gemeinde und damit uns allen. Eine aktuelle Kalkulation der Nebenkosten hätte die Verbandsgemeindeverwaltung von sich aus, spätestens aber auf ein Drängen des Ortsbürgermeisters - nach unserem Dafürhalten jährlich - durchführen müssen. Der Rat wurde damit nicht befasst. Es wäre ein Leichtes gewesen, den TOP auf die Tagesordnung zu setzen und eine Neufestlegung der pauschalen Nebenkosten zu beschließen, statt dessen werden Neumietverträge immer noch mit den veralteten Nebenkostenpauschalen abgeschlossen. Unsere jahrelangen Beanstandungen im

Rechnungsprüfungsausschuss blieben ohne Wirkung, weshalb als Konsequenz nunmehr bis zur Erledigung keine Entlastung mehr erteilt wird.

Für die FWG wird ergänzt, dass es eine Reihe handwerklicher Fehler gäbe, dass die Einlassungen des Prüfers in der Rechnungsprüfungsausschusssitzung nicht schriftlich vorgelegt wurden und überlegt werden sollte, besser alle paar Jahre eine umfassendere Abschlussprüfung statt dieser nichtssagenden prüferischen Durchsicht zu beauftragen.

Der Gemeinderat stellt bei Gegenstimmen von FWG und FDP den Jahresabschluss 2019 in der vorliegenden Fassung fest.

Außer- und überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen werden bei einer Enthaltung genehmigt.

Die Entlastung von Ortsbürgermeister, seinem Vertreter sowie der Verbandsgemeindeverwaltung wird bei 7 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltung nicht erteilt.

Der Gemeinderat legt den **Stundungs-/Ratenzahlungszins** auf 2 % über dem Basiszins (zurzeit minus 0,88%) fest.

Bauanträge werden behandelt:

- Nutzungsänderung „Michaelstraße“ - Umbau zu 4 Wohneinheiten: Zustimmung
- Erweiterung landwirtschaftliche Betriebsgebäude „Seiferhof“ (offene Stallgebäude): Zustimmung
- Bauvoranfrage: Überschreiten Baugrenze „Oberwillscheider Weg/Im Wiesengrund“, Bau eines Mehrfamilienhauses: Ablehnung
- Bauvoranfrage Errichtung Lagerhalle „Am Bahndamm“ mit gesonderter Zufahrt zur L 252: vertagt (Stellungnahme LBM, Zusicherung, dass RadGehweg nicht beeinträchtigt wird - z.B. Rückschnitt vorhandener Bewuchs zur Verkehrssicherung)

Eine positiv beschiedene Bauvoranfrage führt dazu, dass ein späterer gleichlautender Bauantrag nicht abgelehnt werden kann, eine Vertagung zur Klärung der offenen Fragen war daher nötig.

Falls eine Frist zu beachten ist, ist die Bauvoranfrage nach vorstehendem Klärungsbedarf bis zur Klärung abzulehnen.

FWG: Warum nicht Zufahrt zu „Am Bahndamm“?

SPD: Warum nicht Zufahrt zu „Am Bahndamm“, mit LBM abgestimmt? (Erschließung Grundstücke Gewerbegebiet Kalenborn laut BPlan über Am Bahndamm.) Keine Einschränkungen des benachbarten Rad/Gehweges (z.B. Forderung Rückschnitt Bewuchs aus Verkehrssicherung). Antrag auf Vertagung.

Der Redaktion stellt sich die Frage, warum im BPlan der Teil der geplanten Zufahrt entlang des gemeindlichen Rad/Fußweges als öffentliche Grünfläche festlegt wurde, diese in der Örtlichkeit laut Vorlage nicht vorhanden sei. Warum werden Bebauungspläne sorgfältig aufgestellt, die dann nicht eingehalten werden? Ähnlich geschehen z.B. entgegen des BPlans Industriegebiet Leonhard, wo im Kurvenbereich irgendwann still und heimlich eine weitere Ausfahrt genehmigt wurde.

Die **Einrichtung der Küche im KiTa Vettelschoß** (Kombidämpfer, Herd, Schränke, Arbeitsplatte, LüftungMontage) wird an den günstigst Bietenden, die Fa. Gastroküchen Walter, Bad Hönningen, zum Bruttoangebotspreis in Höhe von 29.138,34 € vergeben. Die Maßnahme wird vom Land mit 5.000 Euro gefördert. *Für die genehmigte Koch-Stelle konnte noch kein Bewerber eingestellt werden, wird aber erwartet. Die Küche ist so ausgelegt, dass sie später auch den KiTa Kalenborn mit selbst gekochtem Essen mitversorgen kann.* Da die Mittel im Haushalt 21 nicht vorgesehen waren, erfolgt die Finanzierung aus dem Ansatz „270.000 Euro für die Bauarbeiten Zuwegung Farmersheck“, die in 2021 nicht oder nur teilweise zum Tragen kommen, vorbehaltlich einer Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht.

Entgegen der Aussage in der Ratssitzung waren die Baukosten Zuwegung Farmersheck in 2020 nicht genehmigt, nur die Plankosten in Höhe von 30.000 Euro. Die Finanzierung steht also erst nach der Genehmigung des Haushaltes 2021 zur Verfügung.

Folgende Eilentscheidung der Gemeindeleitung wurde bekannt gegeben:

Die **Heizungsanlage der Grundschule** aus dem Jahre 1998 hat im Februar 21 eine

Störung gemeldet, notwendige Ersatzteile waren nicht mehr zu erhalten.

Der kurzfristige Einbau einer neuen Heizungsanlage zu Gesamtkosten in Höhe von 18.000,00 Euro musste per Eilentscheidung beauftragt werden. Im Haushalt 2021 waren Mittel (20.000,00 Euro) für einen Anstrich des Gebäudes eingeplant worden, die nun zur Erneuerung der Heizung verwendet werden, der Anstrich wird auf 2022 verschoben.

Nachstehende **Spende** wurde angenommen:

Je 200 Euro für die Kindertagesstätten seitens der Bürgerstiftung.

Anträge der **FWG-Fraktion**:

▪ Beschädigte Fassade **Dorfmuseum**

Eine Beseitigung der Schäden zur Erhaltung der Bausubstanz sei dringendst erforderlich. Forderung FWG: Erledigung bis Mai 21.

Ortsbürgermeister Freidel teilt mit, dass zum nächsten Rat Angebote eingeholt werden, die Maßnahme erst nach Genehmigung der Haushaltsmittel ausgeführt werden könne.

Im Antrag seitens der FWG wurde zusätzlich gefordert: Umbauarbeiten Erweiterung Arztpraxis Erlenweg bis Ende April abzuschließen.

Ortsbürgermeister Freidel teilt mit, dass die Arbeiten in der Ausführung seien.

Alle Räume seien durch den Bauhof geräumt, ein Installateur habe die Arbeit aufgenommen. Die Ausführung stehe in enger Absprache mit der Arztpraxis.

▪ Resolution zum Erhalt **der Geburtsstation in Bad Honnef**

FWG: Eine parteiübergreifende Resolution des VG-Rates Linz soll auch seitens der Ortsgemeinde gefasst werden.

Die VG Linz - so der Ortsbürgermeister - habe seine parteiübergreifende Resolution auch im Namen ihrer angehörigen Kommunen gestellt. Die Antwort des Gesundheitsministerium RLP sei in der Zeitung veröffentlicht worden.

▪ Interimslösung **Aussichtspunkt Willscheider Berg**

FWG: Austritt näher an See durch Versetzen nach vorne um eine Zaunlänge, Nutzung der hinterliegenden Fundamente des seinerzeitigen Turms, Anlegen der Fläche mit Mineralgemisch/Splitt, Kleinhalten des Bewuchses, hierdurch wird Blick in den See ohne Turm ermöglicht.

Vorschlag Ortsbürgermeister: Auftrag an ihn, Umsetzung wie vorgeschlagen zu prüfen, Angebote einzuholen, Bedingung: Standsicherheit gegeben, Versetzen des Zaunes durch Fachfirma, Rückschnitte in Hanglage aus Fürsorge für sein Personal nicht durch Bauhof, sondern durch Facharbeiter.

CDU: Die Interimslos kann wie der Ortsbürgermeister vorgeschlagen hat, umgesetzt werden. Das Projekt Turmbau soll weiterverfolgt werden. Im Hinblick auf die finanzielle Situation der kommenden Jahre muss der Schwerpunkt auf einer Finanzierung aus Spenden liegen,

SPD: Mit Interimslösung wie vorgetragen und durch Ortsbürgermeister Freidel ergänzt einverstanden. Diese Lösung sei immer Favorit der Heinzelmännchen gewesen, ermögliche diese Lösung auch älteren, eingeschränkten Menschen (die den Turm nicht besteigen können) einen Blick in den See und sei deshalb zu begrüßen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig wie von FWG beantragt und vom Ortsbürgermeister ergänzt.

Mitteilungen:

Im Forum sind seit 15. März **kostenlose Schnelltests** für jedermann 1 x wöchentlich möglich, Mo-Fr 17.00 bis 19.00 Uhr, Sa 9.00-12.00 Uhr, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Eine weitere Station als drive-in sei in Planung.

Die SPD, Markus Eulenbach, gibt hierzu folgende Anregung um lange Wartezeiten (Test, Mitteilung des Ergebnisses) zu vermeiden und die Taktung des Testungen hochzufahren: Anmeldung online (Personalausweis erforderlich), QR-Code, Termin- und Ergebnismitteilung online.

Die Fa. **Birkenstock** habe einen neuen Eigentümer. Verbandsbürgermeister Fischer versuche ein erstes Gespräch mit den Eigentümern und den betroffenen Kommunen zu vermitteln, so Herr Freidel.

Digitale Ratssitzungen (VGRat Linz z.B. über Youtube) in der Coronakrise (s. Windhagen) und die Beschaffung von Tablets für den Rat werden thematisiert. Ortsbürgermeister Freidel teilt hierzu mit, dass man an der Umsetzung arbeite. Es sei daran gedacht, das technische Equipment und das EDV-Personal der VG zu nutzen, die Ortsbürgermeister also aus dem Sitzungssaal der Verbandsgemeinde agieren.

Seitens der FWG wird darauf hingewiesen,

- dass die Erweiterung der Kita Kalenborn in „Holz“ erwogen werden sollte
- dass die technischen Voraussetzungen, die Verfügbarkeit WLAN am Standort Erlenweg verbessert werden sollten (Ortsbürgermeister verwies auf die Ausstattung des Seminarraums im Forum als Sitzungssaal)
- dass der Wanderweg von Kretzhaus nach Kasbach Sanierungs(Verbesserungs)bedarf habe
- dass im Zuge der Neufestlegung der Grundstückspreise für Baugrundstücke auch an eine Erhöhung des Verkaufspreises für das Gewerbegrundstück Farmersheck von derzeit 29,00 Euro gedacht werden müsse. Ortsbürgermeister Freidel entgegnet hierzu, dass sowohl für Bau- als auch für Gewerbegrundstücke die Verkaufspreise neu festgelegt werden sollen.

Sachstandinfo, für die SPD vorab schriftlich für die Ratssitzung erbeten zu:

Beantwortung durch den Ortsbürgermeister (teilweise war diese bereits unter Mitteilungen erfolgt)

- Genehmigung Haushalt 2021
liegt noch nicht vor
- Ergebnis Kaufverhandlung Grundstück Alte Bahnhofstraße
Antwort in nichtöffentlicher Sitzung
- Kaufangebote Grundstück Alte Schulstraße
Verkauf ist erfolgt - Näheres nichtöffentliche Sitzung
- Wertgutachten Michaelstraße 57
liegt vor - Näheres nichtöffentliche Sitzung
- Baugebiet Kalenborn 3-5 (letzte Frist Rückmeldungen freiwillige Umlegung im Jan. 21 abgelaufen) Ergebnis - Entscheidung freiwillige/gesetzliche Umlegung - Folgen/Kosten für die Gemeinde
noch keine Zustimmung für freiwillige Umlegung durch zwei Grundstückseigentümer. Öffentliche Umlegung könne bis zu 5 Jahre dauern, weitere Vorgehensweise muss der Rat entscheiden - keine Aussage zu Kosten für die Gemeinde durch vergebliche Bemühungen einer freiwilligen Umlegung
- Industriegebiet Kretzhaus - Genehmigung Betrieb Brecheranlage befristet, Frist abgelaufen, Zuwiderhandlungen überprüft wer?

Genehmigung vom 15.2.19 war verbunden mit einem Baubeginn Febr. 20/Fertigstellung Febr. 22. Die Baufertigstellungsfrist wurde ohne Beteiligung der Ortsgemeinde auf Febr. 23 verlängert seitens des Kreises.

Seitens der Ortsgemeinde müssen deren Interessen gegenüber dem Kreis deutlich kund getan werden, schließlich dient die Bebauung dem Lärmschutz, festgelegt im BPlan der Stadt Linz Industriegebiet Kretzhaus, an dem der Ortsgemeinderat widerrechtlich nicht beteiligt wurde.

- AST - Erweiterung - Ergebnis Gespräche mit St. Katharinen

keine Antwort

- Sachstand Baumkataster

Bäume wurden zwischenzeitlich erfasst

- Ausschreibung Jahresvertrag Straßenunterhaltung - Ergebnis, Auftrag

Den Auftrag ging an die Fa. Hähn, Vettelschoß.

Aufträge vergibt der Rat, auch die eines Jahresvertrages nach Gewichtung durch die Fachabteilung, erfolgte in diesem Fall nicht.

- wurde eruiert, wie Langzeitarbeitslose in der Gemeinde (gefördert - sozialer Arbeitsmarkt) eingesetzt werden können (Ergebnis Gespräche mit Arbeitsagentur)

Die Erledigung habe sich durch wiederholten Personalwechsel verzögert, werde nun ausgeführt.

Seit langer Zeit fordert die SPD die Befassung mit vorstehendem Sachverhalt, in den Haushaltsberatungen HH 20 und 21 wurde ein entsprechender Antrag gestellt, eine Erledigung zugesagt. Die Nichtumsetzen wird in Regelmäßigkeit mit einem Personalwechsel in der VG begründet. Wir bemängeln das wiederholte Nichttätigwerden.

- wurden - und wenn ja welche - Renovierungsarbeiten während der coronabedingten Schließungen gemeindlicher Einrichtungen (HH 20 und 21: 60.000 Prallschutz Sporthalle, Gemeindehäuser (Grillraum Willscheider Berg)...., kleine Arbeiten durch Hausmeister, durchgeführt

keine Antwort

- Zeitpunkt der Räumung Bahnhofgelände Kalenborn durch Gewerbetreibenden (war nur während seiner Umbauarbeiten genehmigt, die lange abgeschlossen sind) - Spende erfolgt

Die Räumung und die Erledigung der finanziellen Aspekt werde in Kürze erfolgen.

- waren/sind Arbeiten Kalenborner Str. der Breitbandversorgung (Gewerbegebiet Kalenborn, Bahnhofstraße, Bucherfelder Weg...) geschuldet
Es handelt sich um Resterschließung Breitband. Die Kevag war nicht bereit,

diesen Teil entsprechend zu versorgen, durch Verhandlung sei diese Versorgung nun durch die Telekom in der Ausführung.

- Sachstand Entkeimung/Lüftung Grundschule
s. Anfrage in der Einwohnerfragestunde
- haben Arbeitsgemeinschaften Grundstücksvergabe und Bahnhofgestaltung ihre Arbeit aufgenommen
ja Vertreter aller Fraktionen haben ihre Beratungen aufgenommen, zum Bahnhof liegt bereits ein erster Plan vor, Ergebnisse kämen in den Rat zur Beratung und Abstimmung
- Mitfahrbänke - vorgesehene Einrichtung in der Kau wann
sobald bestellte Schilder vorliegen, erfolgt die Einrichtung
- weiterer Freifunk in der Gemeinde
keine Antwort
- Ergebnis Prüfung Teilausschaltung Beleuchtung (u.a. Forumparkplatz) - Umsetzung
Die Hausmeister seien angewiesen, die Beleuchtung Forum entsprechend zu steuern, falls keine Veranstaltung stattfindet.
- Sanierung Fassade Erlenweg (Auftrag Aug 20)
ist bis auf Restarbeiten abgeschlossen
- Sommerschule - ist diese VG-weit 2021 erneut geplant, diesmal mit Fahrmöglichkeiten für Kinder der Höhe, die ausgefallenen Unterricht aufholen müssen
hierzu gebe es noch keine Erkenntnisse, ein Fahrangebot für die Kinder der Höhe werde bei Zustandekommen geprüft
- Wird an einem Hygienekonzept für den Schwimmbetrieb Blauer See 2021 gearbeitet
Hierzu habe es Ortstermine gegeben, der Betreiber setze alles daran, 2021 einen Schwimmbetrieb möglich zu machen. Die Gemeinde habe ihre Unterstützung angeboten.
- Nebenkosten - Neufestlegung der Pauschalen - verbrauchsabhängige Ermittlung, wo möglich - Antwort Aug 20: „...sei auf dem Schirm und in der Umsetzung (Ende 2020)“
keine Antwort
- Kostenübernahme Stadt Linz bei KiGa Kalenborn aufgrund Mitnutzung durch Linzer Stadtteil Kretzhau. Kostenübernahme ist vor Jahren durch Linz (Buchwald) abgelehnt worden, neu Presse, RheinZeitung: Dattenberg hat Übernahme von anteiligen Kosten bei Aufnahme Linzer Kinder erwirkt. Erneuter Vorstoß unserer Gemeinde in Vorbereitung?

Ein erneuter Vorstoß sei nicht vorgesehen, Kretzhauser Bürger fühlten sich zu Vettelschoß gehörig. Dattenberg nahm 2019 Kinder der Stadt aus, weil diese nicht ausreichend Plätze zur Verfügung stellen konnte.

Es wird nicht gefordert, die Kretzhauser Kinder nicht länger in Kalenborn aufzunehmen. Es war damals bereits nicht richtig, dass die Gemeinde gegen die Ablehnung des Stadtrates auf Kostenbeteiligung nicht rechtlich vorgegangen ist. Linzer Kinder nutzen Vettelschoßer Kindertagesstätten und Grundschule, Kretzhauser nutzen den Vettelschoßer Friedhof, alles ohne sich an den Kosten der Infrastruktur und des Personals zu beteiligen. Ihre in Kretzhaus erwirtschaftete Gewerbesteuer (erst zuletzt wurden zwei Gewerbe/Industriegebiet erweitert) kassiert die Stadt alleine. Die Ortsgemeinde zeigt sich in der VG Linz nicht nur mit erheblichen Umlagezahlungen solidarisch, sie trägt auch einen Hauptteil der Kosten der Sporthalle Miesgesweg Linz, die sie weder seitens ihrer Grundschule noch ihrer Vereine und schon gar nicht als Veranstaltungsort nutzt.

Wie der Zeitung zu entnehmen war, musste auch Dattenberg erst mit rechtlichem Vorgehen drohen, bis die Stadt in eine Kostenbeteiligung einstimmt.